

Bezugpreis: Vierteljahr 7,50 Mk., monatlich 2,50 Mk. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis: Die oberste Zeile ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Montag, den 7. April 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Zwei Regierungen in Bayern.

Ausrufung der Räterepublik. — Gegenproklamation der Regierung Hoffmann.

Proklamation des Zentralrats.

München, 7. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Durch Proklamation des revolutionären Zentralrats, die überall angeschlagen wurde, ist Bayern seit heute morgen Räterepublik. In der Proklamation heißt es u. a.: „Die Entscheidung ist gefallen. Bayern ist Räterepublik!“

In München selbst herrscht Generalstreik. Alle Geschäfte, außer Lebensmittelgeschäfte, sind geschlossen; die Straßenbahn verkehrt nicht.

Die in der vorstehenden Meldung angeführte Proklamation hat folgenden Wortlaut:

An das Volk in Bayern!

Die Entscheidung ist gefallen. Bayern ist Räterepublik. Das werktätige Volk ist Herr seines Geschicks. Die revolutionäre Arbeiterschaft und Bauernschaft Bayerns, darunter auch alle unsere Brüder, die Soldaten sind, von keinem Vorgehens mehr gehemmt, sind sich nun einig, daß von nun an jegliche Ausbeutung und Unterdrückung ein Ende haben muß.

Diktatur des Proletariats

Ist nun zur Tatsache geworden. Begleitet ist die Verwirklichung eines wahrhaft sozialistischen Gemeinwesens, in dem jeder arbeitende Mensch sich am öffentlichen Leben beteiligen soll, einer gerechten sozialistisch-kommunistischen Wirtschaft. Der Landtag, das unfruchtbare Gebilde des überwindenen kapitalistischen Systems, ist aufgelöst, das von ihm eingesetzte Ministerium zurückgetreten. Von den Räten des arbeitenden Volkes bestellt, dem Volke verantwortliche Männer, erhalten als Volksbeauftragte für bestimmte Arbeitsgebiete außerordentliche Vollmachten. Ihre Gehilfen werden bewährte Männer aus allen Richtungen des revolutionären Sozialismus und Kommunismus sein. Die zahlreichen tüchtigen Kräfte des Beamtentums, zumal der unteren und mittleren Beamten, werden zur tatkräftigen Mitarbeit an dem neuen Werke aufgefordert. Das Schicksal der Bureaukratie aber wird unverzüglich ausgerottet. Die Presse wird sozialisiert. Dem Schutze der bayerischen Räterepublik gegen reaktionäre Versuche von außen und von innen

wird sofort eine rote Armee gebildet.

Ein revolutionäres Gericht wird jeden Anschlag auf die Räterepublik sofort rücksichtslos ahnden. Die bayerische Räterepublik folgt dem Beispiel der russischen und ungarischen Räterepubliken. Sie nimmt sofort die brüderliche Verbindung mit diesen Räterepubliken auf, jedoch lehnt sie jedes Zusammenarbeiten mit der reaktionären Regierung Ebert-Scheidemann-Roske-Erzberger ab, weil sie unter der Flagge einer sozialistischen Republik das imperialistisch-kapitalistisch-militaristische Geschäft des schwachwollen zusammengebrochenen deutschen Kaiserreichs fortsetzt. Sie ruft alle deutschen Räterepubliken auf, den gleichen Weg zu gehen. Allen Proletariaten, wo immer sie für Freiheit und Gerechtigkeit, wo immer sie für den revolutionären Sozialismus kämpfen, in Württemberg, im Ruhrgebiet, in der ganzen Welt, entbietet die bayerische Räterepublik ihre Grüße. Zum Zeichen der freudigen Hoffnung auf eine glückliche Zukunft für die ganze Menschheit wird hiermit der 7. April zum Nationalfeiertag ernannt. Zum Zeichen des beginnenden Abschiedes vom rückwärtigen Zeitalter des Kapitalismus ruft am Montag, den 7. April, in ganz Bayern die Arbeit, soweit sie nicht für das Leben des werktätigen Volkes notwendig ist, worüber gleichzeitig nähere Bestimmungen ergehen. Es lebe das freie Bayern! Es lebe die Räterepublik! Es lebe die Weltrevolution!

Die bayerische Regierung tritt nicht zurück.

Verlegung des Regierungssitzes nach Nürnberg. Nürnberg, 7. April. Ein Erlass des Ministerpräsidenten Hoffmann hat folgenden Wortlaut: Die Regierung des Freistaates Bayern ist nicht zurückgetreten; sie hat ihren Sitz von München verlegt. Die Regierung ist und bleibt die einzige Inhaberin der Gewalt in Bayern und ist allein berechtigt, rechtswirksame Anordnungen zu erlassen und zu erteilen. Weitere Publikationen erfolgen.

Nürnberg, 7. April 1919. Hoffmann.

Die neuen Volksbeauftragten.

München, 7. April. Die „München-Augsburger Abendzeitung“ schreibt zu den neuesten Vorgängen unter anderem: Der Schwerpunkt für die endgültige Entscheidung innerhalb der Sozialdemokratie liegt augenblicklich in Nürnberg, wo die sozialistische Landeskonferenz gleichzeitig mit dem Gau Nordbayern tagt. Dieser Tagung wohnte auch der Militärminister Schneppenhorst bei.

In der Räterepublik Bayern sollen die bisherigen Minister durch Volksbeauftragte ersetzt werden. Eine Liste der zukünftigen Volksbeauftragten befindet sich am Samstag bereits im Umlauf. Die obersten Staatsämter sind nach dieser Liste folgendermaßen besetzt: Außen: Dr. Nöhler. Inneres: Segler. Justiz: Dr. Böheim (Kommunist). Finanzen: Dr. Jaffe. Handel: Simon. Sozialisierung (neu): Dr. Neuwath. Kultus: Riefisch. Landwirtschaft: Steiner. Verkehr: Frauendorfer. Militärische Angelegenheiten: Schneppenhorst. Volksaufklärung (neu): Landauer. Soziale Fürsorge: Unterleitner. Ein Gesetz für die Enteignung von Vermögen und Vermögenswerten

soll nach einer Version erst in Beratung, nach anderen Mitteilungen bereits fertiggestellt sein. Der Inhalt des Gesetzes ist folgender: Jedes Vermögen (Vermögenswert) über 10 000 Mark wird festgesetzt. Aus dem Vermögen soll, gestaffelt nach der Höhe, eine Vermögensabgabe erhoben werden. Der Rest wird dem Inhaber vom Staate mit 3 bis 4 Prozent verzinst. Das Vermögen selbst gehört dem Staate.

Kundgebung an die Arbeiterräte.

München, 7. April. Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich: Telegramm an sämtliche Arbeiterräte. Das werktätige Volk Bayerns hat seine Parteilagen überwunden und sich zu einem mächtigen Einheitsblock gegen jede Herrschaft und Ausbeutung zusammengeschlossen. Es übernimmt in den Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten die ganze öffentliche Gewalt. Der Landtag wird aufgelöst. An die Stelle der Minister treten die Beauftragten und Kommissare des Volkes. In den öffentlichen Angelegenheiten herrscht vollkommene Ordnung. Die Wirtschaft und die Verwaltung werden fortgeführt. Alle Angestellten- und Beamtenverbände des Landes haben sich mit den Soldaten solidarisch erklärt und gewährleisten gemeinsam den Schutz und den Fortgang der Produktion. Die Betriebe werden durch Betriebsräte der Arbeiter und Angestellten kontrolliert und gemeinsam mit der Leitung verwaltet. Alles gehört der Gemeinschaft. Darum ist jede selbständige Sozialisierung ausgeschlossen. Die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte haben die Pflicht, überall für den Schutz der Räterepublik und für ruhige Entwicklung zu sorgen. Sie übernehmen die örtliche Gewalt und kontrollieren die Verwaltung. Sie sind dem werktätigen Volke für alle Handlungen und Unterlassungen verantwortlich. Montag, den 7. April, ist Nationalfeiertag. Die Arbeit ruht an diesem Tage. Die Eisenbahnen, die Nahrungs-, Wasser-, Licht- und Heizbetriebe versorgen das Volk weiter. Der revolutionäre Zentralrat Bayerns. J. A.: Riefisch.

Fürth für die Räterepublik.

Fürth, 7. April. (SW.) Die Stadt Fürth hat sich der Räterepublik angeschlossen. Um 10 Uhr fand eine Versammlung auf dem Schichanger statt, wo nach Ansprachen von verschiedenen Rednern die Räterepublik ausgerufen wurde. Oberbürgermeister Dr. Wild erklärte seinen Rücktritt, da er unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Verantwortung nicht übernehmen könne. Im Rathaus sind sämtliche Bureaus geschlossen bis auf den Schuldienst. Die Schulen sind geschlossen. Die Arbeiter haben die Betriebe verlassen.

Zustimmung der südbayerischen Mehrheitssozialisten.

München, 6. April. Der Gau der sozialdemokratischen Partei Südbayerns hat mit 240 gegen 13 Stimmen beschlossen, der Gründung einer Räterepublik zuzustimmen unter der Bedingung, daß die unabhängige sozialdemokratische Partei und die kommunistische Partei an der Durchführung dieser Räterepublik mitwirken.

Der Wirrwarr ist in Bayern auf dem Höhepunkt. Der revolutionäre Zentralrat in München verflücht die bayerische Sowjetrepublik, aber das bayerische Volk scheint nicht geneigt, dieser Parole widerstandslos zu folgen. Es wird daher die Bildung einer roten Armee angekündigt, sowie die Einsetzung außerordentlicher Kriegsgerichte, um mit solchen Gewaltmitteln jeden Widerstand gegen die neue Ordnung der Dinge zu brechen. Gestern noch hat der unabhängige Minister Unterleitner in einer Münchener Versammlung gesagt, in Bayern würde es „keinen Roske“ geben. Die junge bayerische Sowjetpolitik scheint sich aber trotzdem ganz hübsch auf „Roske“ einzurichten: sie bekant sich nämlich sofort zu dem Grundsatz, daß keine Staatsordnung ohne Machtmittel aufrechterhalten werden kann. Die Frage ist also nur, ob die Demokratie oder die Sowjetverfassung die berechnete und richtige ist.

Die außerordentliche Landeskonferenz der bayerischen Sozialdemokratie in Nürnberg hat sich am Sonntag gegen die Sowjetverfassung ausgesprochen. In auffälligem Gegensatz hierzu hat ein südbayerischer Gau der Mehrheitssozialisten beschlossen, das Experiment mitzumachen, wenn sich die Unabhängigen und Kommunisten an ihm beteiligen. Der bayerische Landesbeschluss ist tapfer und grundsätzlicher, der südbayerische Gaubeschluss ist ein Ergebnis jenes grundlosigen taktischen Geschaukels, das auch in Berlin von manchen Genossen als letztes Heil und einzige Rettung angesehen wird. Der südbayerische Gaubeschluss hat nun freilich einen großen taktischen Haken. Nämlich, die Kommunisten wollen gar nicht mitmachen; sie trauen dem mehrheitssozialistischen Landfrieden nicht, und ihr Mißtrauen ist vollkommen berechtigt, denn ein Sozialdemokrat kann unter keinen Umständen ein Gegner der Demokratie und Anhänger der Sowjetregierung sein. Die von den Unabhängigen zusammengeschobene „Einigung des Proletariats“ droht mit einem großen Krach zu enden.

Was jetzt in Bayern wird, weiß kein Mensch. Aber für die bayerische Sozialdemokratie kann es jetzt nur eine Aufgabe geben: sie muß den Weg zur Demokratie zurückfinden. Sie muß und wird hoffentlich fordern, daß die Sowjetverfassung nicht eher in Kraft treten darf, als bis sie vom ganzen bayerischen Volk in allgemeiner, geheimer Abstimmung bestätigt ist. Wie dahin ist die Herrschaft des Münchener Zentralrats eine auf keinerlei Recht gegründete Gewalt Herrschaft.

Die Sozialdemokratie, innerhalb und außerhalb Bayerns, wird hoffentlich aus den Vorgängen in München weiter lernen, daß man eine Staatsordnung ohne Macht nicht aufrechterhalten kann. Wer das Ziel will, muß auch die Mittel wollen. Es gibt nur zwei: Entweder wir bitten die Herren Erich Mühsam, Herrfurth und Lewin, die Regierung des Deutschen Reiches zu übernehmen, und versprechen, ihnen getreue Untertanen zu sein, oder wir entschließen uns, die Staatsordnung, die wir für die gerechte und richtige halten, und zu der wir uns nach unserem Programm bekennen, mit allen Machtmitteln aufrechtzuerhalten.

Sind wir dazu entschlossen, so können wir auch nicht wollen, daß aus Anlaß des bevorstehenden Rätekongresses in Berlin herumgeruschelt wird, um hier ähnliche Ergebnisse wie in Bayern zu erzielen. Die Zeiten sind viel zu ernst, als daß wir uns den Druck der Ausrufung einer Sowjetrepublik in Berlin auch nur für einige Tage gestatten könnten. Das Recht des ganzen Volkes, über sich selbst zu bestimmen, ist uns viel zu heilig, als daß

Die keine Anknüpfung gestatten dürfen. Den Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion auf dem Rätekongress rufen wir zu, daß sie jetzt mehr denn je aufrechte Sozialdemokraten sein müssen und nicht mit taktischen Kunststücken zwischen Spartakus und den Unabhängigen herumturnen dürfen.

Genieß, es ist vieles so, daß wir wünschten, es würde besser sein. Aber deswegen dürfen wir doch nicht mit gefalteten Händen zusehen, wie alles schlechter und schlechter wird. Wir dürfen das arbeitende Volk nicht schlaflos lassen vor den Panotikern und Schreibern, die es immer tiefer ins Verderben hineinführen wollen. Ist diese unmittelbar drohende Gefahr abgewendet, dann können wir uns mit desto größerer Kraft auch gegen die Widerstände von rechts wenden, die das große Erneuerungswerk der Revolution hemmen und gefährden. Was wir brauchen? Ruhe, grundsätzliche Klarheit, unbegleitete Festigkeit und, wenn es nicht anders geht, eiserne Entschlossenheit!

Die bayerische Regierung hat beschlossen, nicht abzudanken, sondern nur ihren Sitz von München wegüberlegen. Wir begrüßen diesen Entschluß. Aber freilich, hätte sie sich rechtzeitig „einen Roske“ angeschafft, wie sich ihn jetzt der Münchener Zentralrat in vergrößertem Format zuzulegen beabsichtigt, so wäre sie heute nicht unsät und flüchtig.

## Studentenrat der Universität.

München, 6. April. Der Zentralrat geistiger Arbeiter veröffentlicht durch die Korrespondenz Hoffmann einen Erlaß, in dem es heißt: Die Studentenschaft der Universität München hat Sonntag nachmittag in einer Versammlung des Allgemeinen Studentenausschusses der Universität beschlossen, den bisherigen Senat als entzogen zu erklären und die Verwaltung der Universität einem Studentenrat zu übertragen, dem ein Fachbeirat von Universitätsprofessoren beigegeben wird. Hiermit ist die erste Revolution der geistigen Arbeiter in Bayern in die Wege geleitet. Die Studentenausschüsse der technischen Hochschule und der Handelshochschule in München, sowie der Universität in Erlangen und Würzburg sind dem Zentralrat geistiger Arbeiter aufgefordert, in gleicher Weise vorzugehen.

## Die Reichsregierung auf dem Rätekongress.

Auf dem Rätekongress wird die Reichsregierung durch die drei zuständigen Ressortminister, dem Reichsarbeitsminister Bauer, dem Minister des Reichswirtschaftsamts Bissell und dem Minister des Reichsernährungsamts Robert Schmidt vertreten sein.

## Die Magdeburger Militärrevolte.

Brandes verhaftet.

Wegen des Versuchs, eine Militärrevolte in Magdeburg und Umgebung und in anderen Garnisonen herbeizuführen, sind in Magdeburg mehrere Verhaftungen vorgenommen worden. Der Hauptverdächtige von den in Haft Genommenen ist der frühere Reichstagsabgeordnete Brandes, der Mitglied der U. S. D. war. Der Berliner Vollzugsrat, dem von Magdeburg aus heute morgen diese Verhaftung gemeldet worden ist, hat beim Reichswehrminister interveniert und ihm mitgeteilt, die Magdeburger Arbeiter hätten erklärt, sie würden solange freibleiben, bis Brandes wieder freigelassen wird. Darauf ist der Befehl erteilt worden, daß Brandes unter allen Umständen der Prozeß für die Straftaten gemacht werde, deren er schuldig sei. Eine Freilassung läme nicht in Betracht. Von dem gefundenen Sinn der Magdeburger Arbeiterkraft, der sich so oft bewährt hat, erwarte die Regierung, daß sie sich nicht zu einem Streik mißbrauchen lasse, zugunsten eines Rannes, der mit einer unglücklich frivolen Leichtfertigkeit den Versuch gemacht hat, das Land in einen neuen schweren Bürgerkrieg zu stürzen.

## Der staatsbürgerliche Unterricht an Schulen.

Nicht nur in der Tagespresse der verschiedensten Richtungen, sondern auch in allen Schichten der Bevölkerung laucht jetzt immer wieder der Wunsch auf, die neue deutsche Reichsverfassung möge die nie wiederkehrende Gelegenheit benützen, um mit einem Schlage für ganz Deutschland den staatsbürgerlichen Unterricht an den Schulen anzuordnen.

Der Wunsch ist vollberechtigt, denn besonders bei den fortschrittlichen Veränderungen der Neuzeit tritt das bisherige ganzliche Fehlen einer planmäßigen Entzückung der politischen Anschauungen der Einzelnen immer deutlicher zutage. Nur durch die Aufnahme der Staatsbürgerkunde — K. h. der Lehrer von den Rechten und Pflichten der Untertanen früher und der mitverantwortlichen Staatsbürger jetzt — in den Unterricht aller Bildungsanstalten, auch der Fachschulen, als Lehrfach kann endlich Kanferdämmtes in der Volkserziehung nachgeholt werden. In den maßgebenden Stellen ist die Notwendigkeit der Hebung und Vertiefung der allgemeinen Volksbildung schon längst erkannt worden. Nur konnte nirgends der Scheid gefunden werden, die Erkenntnis in die Tat umzusetzen. Allein das Bundesgesetzamt, als die neuzeitliche und wachsame Hüterin aller technischen Mittel, hat bereits vor einigen Jahren dem Plan nähergetreten, für die Ausbildung der Lehrkräfte die Staatsbürgerkunde in den Lehrplan der ihm unterstellten Lehrererschulen aufzunehmen.

Die Preussischen Vaugewerkschulen sind reine Fachschulen. In ihnen wird den Schülern in fünf Jahrgängen eine Fachausbildung gegeben, durch die sie befähigt werden, als Techniker in ihrem Berufes Tätigkeits zu leisten. Dazu erhalten die Jünglinge noch eine Schulung der wertvollsten Charaktereigenschaften, der Pflichttreue und Gewissenhaftigkeit mit einem Sach an Kenntnissen für das tägliche Leben. Zur Verwirklichung dieser hohen Ziele gelangte die Staatsbürgerkunde bereits im Kriege — zunächst nur verlustweise — an der Vaugewerkschule in Neuföhren zur Durchführung. Diese zeitgemäße Neuordnung bewährte sich so, daß die Einschaltung des so wichtigen und interessanten Faches an allen Preussischen Vaugewerkschulen forsan angeordnet werden konnte, so daß vom kommenden Sommerhalbjahr an in der Tat der Unterricht an diesen Schulen durch die eingefügte Staatsbürgerkunde die so lange veräumte Verwirklichung erfährt.

Es steht zu hoffen, daß ebenfalls in der Erkenntnis der zur

## Militärische Befehung des Düsseldorf Elektrizitätswerks.

Das Garnisonkommando Düsseldorf hat heute abend das städtische Elektrizitätswerk militärisch besetzen und wieder in Betrieb setzen lassen.

## Wie man lügt.

Die von unabhängiger Seite agitatorisch verbreitete Behauptung, es seien gegen kommunistische und unabhängige Arbeiterparteien, bereits „mehr als 2000 Haftbefehle“ erlassen worden, ist amtlich auf das schärfste demantiert worden. Auch die „Freiheit“ muß diese Nichtigkeit bringen. Aber was macht sie daraus? Sie legt jetzt ganz willkürlich in der amtlichen Nichtigkeit die Betonung auf das Wort „mehr“ und schreibt: „Nun, 2000 genügen auch schon.“

Es ist natürlich eine völlige Verdrehung des amtlichen Dementis, wenn man herauslesen will, daß die Verhaftung von 2000 darin zugefanden würde. Die Fassung der amtlichen Erklärung lautet einfach daher, daß die bestrittene Behauptung entsprechend gelautet hätte, es seien mehr als 2000 verhaftet worden. Die Behauptung wurde also in der aufgestellten Form zurückgewiesen, und natürlich ist es keinem Menschen eingefallen, damit sagen zu wollen, daß nun etwa 2000 verhaftet wären. — Aber die Berliner Parteidelegierten der U. S. D. haben am Sonntag gemerkt, warum sie den Ausspruch, die „Freiheit“ ist das größte Lügenblatt Berlins“, mit härmlichem Beifall aufgenommen.

## Lloyd George über den Vorfrieden.

Rotterdam, 7. April. (D. R.) Die heutige Morgenausgabe des „Matin“ enthält eine Unterredung mit Lloyd George, in der der englische Premier u. a. sagte: „Ich bitte mich nach zwei Wochen Geduld aus. Wir nähern uns dem Ende. Wir stimmen mit Ihnen völlig überein, daß die Vorfriedensbedingungen vor Oktober herriit und den deutschen Abgesandten Ende April oder Anfang Mai zur Unterzeichnung vorliegen werden.“

Ueber die Schlußverhandlung sagte Lloyd George, daß zwischen den Unterhändlern keine Meinungsverschiedenheit bestünde, wohl aber zwischen den Sachverständigen, und zwar über die Art der Zahlung wie über die Höhe der Aktiva, die man verlangen könne.

Zum Schluß erwähnte Lloyd George, die Beschlüsse abzuwarten, und sich nicht durch lose Gerüchte beeinflussen zu lassen, da sehr viele unrichtige Nachrichten verbreitet werden.

## Sozialrevolutionäre und Bolschewiki.

Trotz der triumphierenden Funksprüche der Bolschewiki ist eine Annäherung zwischen ihnen und den anderen sozialistischen Parteien nicht zustandegelommen. Die vor einigen Wochen angeländigte Ankunft von Vertretern der sozialrevolutionären Partei in Moskau rührte nichts; eine Verständigung wurde nicht erzielt. Bezüglich ist, daß, wie wir aus einem verpölet in unsere Hände gelangten Moskauer Blatt sehen, die Delegierten der zur Verwirklichung bereiten konstituierenden sozialrevolutionärer Parteirichtung völlig auf eigene Verantwortung handelte. Die im Reichreiche Sowjet-Rußlands tätigen Organisationen lehnen jede Annäherung ab. Im Januar fand eine Konferenz der Gesamtpartei der Sozialrevolutionäre statt (selbstverständlich geheim, denn in dem angeblich proletarischen Sowjet-Rußland besteht keine Versammlungsfreiheit). Die Konferenz beschloß, weder mit den Bolschewiki noch mit den bürgerlichen Gruppen und Parteien politische Vereinbarungen über die Bildung einer Regierung zu treffen. „Solange bei dem geräumerten Zustand der Demokratie keine Möglichkeit gegeben ist, diese Vereinbarungen durch reale Kräfte der organisierten Demokratie zu stützen.“

Die Schaffung einer einheitlichen revolutionären Front gegenüber jeglicher Diktatur erscheint den sozialrevolutionären Organisationen nur dann möglich, wenn die Grundforderungen der Demokratie innegehalten werden, als welche genannt werden: Einberufung der geschäftigenden Versammlung, Wiederherstellung aller durch die Revolution vom März 1917 erlangenen Freiheiten (des Wortes, der Presse, der Versammlung, der Agitation usw.). Dergleichen müsse als Bedingung ge-

Erziehung der Jugend so großen Notwendigkeit die anderen allgemein bildenden Anstalten ganz Deutschlands dem Beispiele in der Einführung der Staatsbürgerkunde bald Folge leisten werden.

## Eine Volks-Osterfeier.

Auf Sammelplatz Bruno Wille hat sich eine Anzahl namhafter bürgerlicher Männer und Frauen zu einem „Volkskraft-Bund“ zusammengetan. Diese Vereinigung strebt die „Förderung der städtischen, geistigen und wirtschaftlichen (?) Kräfte des deutschen Volkes“ mittels künstlerischer Unterhaltungen an. Seitdem hat nun im Opernhaus, das dem Bunde für gedachten Zweck zur Verfügung gestellt worden ist, die erste allmorgentlich geplante „Volks-Unterhaltung“ stattgefunden. Die Harmonie der Töne, das Werk der Dichter soll, nach einer Rede des Vorsitzenden Bruno Wille, die deutsche Nation aus jülicher Zerrüttung retten, der sie durch den mörderischen Krieg verfallen sei. Das ist gewiß loblich und erhebt. Zugleich darf in dieser neuen Gründung der Beweis erbracht werden, daß die allerdings Jahrzehnte zurückgehenden funktionsfähigen Bemühungen der deutschen Sozialdemokratie innerhalb der Arbeiterkraft endlich auch weiter hinaus bahnbrechend zu wirken beginnen. Natürlich kommt es dabei wieder auf „führende“ Persönlichkeiten noch auf hochbedeute ideologische Verheißungen an, sondern darauf, daß unermüdbare und gräusliche Kaulwurfsarbeit getan wird. Aus Anknüpfungen geht hervor, daß nur die Bundesmitglieder freien Zutritt zu den Vorträgen haben, daß aber diese andererseits jedermann Gelegenheit geben sollen, die hervorragendsten Werke der deutschen Dichtung und Musik kennen zu lernen und sich an ihnen zu erbauen.

Die erste Veranstaltung war ganz dazu angetan. Die untergeordnete Kapelle des Opernhauses spielte, von Leo Wille geleitet, unterblende symphonische Meisterwerke von Weber, Schubert, Liszt in weiblicher Fülle. Und dann Leisner sang, vom Orchester begleitet, Schuberts „Himmels- und Händels wunderbares „Largo“ so himmelstark gewaltig als Himmeln erhebt. Undacht ging durch den voll besetzten Raum, würdig des Gegenstandes, und abermals bestärkte sich Wagner's Ausspruch: Kunst ist Religion.

## Im Konfitürenladen.

Mit kindlich-fröhlichen Worten: „Papa, bringst du mir heute auch was Schönes mit?“ gibt mir mein dreijähriger Junge jeden Morgen die Hand zum Abschied.

Abendlich führt mich der Weg durch die Linienstraße, vorbei an einem großen Konfitürengeschäft, das sehr toller Käufer ist. Ich sehe da unter vielen schönen und teuren Sachen keine Zigaretten, das Stück zu 40 Pfennig. Um meinem Jungen den Wunsch zu erfüllen, gehe ich hinein.

Zwei junge Herren, Mitte der Vier, wohl die Inhaber des Konfitürenladens, besorgen den Handel. Auf dem Ladentisch sieht man

steht werden: die Beendigung des Bürgerkrieges innerhalb der Demokratie.

Diesen Forderungen können die Bolschewiki nicht stattgeben, denn mit deren Annahme würde ihre Herrschaft aufgehört haben zu existieren.

## Die Landwirtschaft im neuen Deutschland.

Vom Reichsernährungsministerium erhalten wir folgende Zuschrift:

Im Nr. 185 des „Sonntags“ vom 31. März 1919 wird von Dr. Büffelberg, Berlin, in dem Artikel „Die Landwirtschaft im neuen Deutschland“ die Fläche der un bebauten Moore mit etwa 9,8 Millionen Hektar und die der Halbe mit ebenfalls angegeben; in Summa also zirka 4,6 Millionen Hektar. Diese Fläche soll insgesamt zirka 9 Proz. der gesamten Kulturläche Deutschlands betragen. Nach den Berechnungen der amtlichen Statistik der landwirtschaftlichen Bodenbenutzung (Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reichs 1916, Heft 4) beträgt die unfruchtbarierte Moorfläche im Jahre 1918 450 489,7 Hektar und das sonstige Oed- und Unland 1 829 464,4 Hektar, in Summa 1 879 954,1 Hektar. Von der Gesamtfläche des Deutschen Reiches, die mit 54 109 833,7 Hektar angegeben ist, sind das 3,7 Proz. Von dem Oed- und Unland kommt nur ein Teil für landwirtschaftliche Nutzung in Frage, so daß die gesamte kulturfähige Fläche in Wirklichkeit nicht 3,7 Proz. betragen dürfte.

## Ein Gegner der sozialistischen Lehrer.

Aus sozialistischen Schreckschriften wird uns geschrieben: Ein Lehrer, der für seine geistigen Erzeugnisse, wahrscheinlich ihres Höhenfluges wegen in der Fachpresse keinen Raum gefunden hätte, wählte sich die „Deutsche Tagesztg.“ (Nr. 160 vom 4. April), um gegen die sozialdemokratischen Lehrer Berlins vom Leder zu ziehen. Ihm hat es die Pöhl und die Unfähigkeit der in der sozialdemokratischen Lehrervereinigung zusammengeschlossenen Persönlichkeiten angetan. Daß darunter Namen sind, die über den Rahmen des Berliner Lehrervereins hinaus einen guten Klang besitzen, hindert ihn nicht, das Gegenteil zu behaupten. Er fürchtet nämlich, die Partei wird an diesen neuen Mitgliedern noch ihr bloßes Wunder erleben, da unter ihnen sich eine ziemliche Anzahl von sogenannten Novembersozialisten befindet, die aus irgend welchen Rücksichten ihr sozialdemokratisches Herz erst nach der Revolution entdeckt hat.“ Wir können jenem besorgten Eckardt der Partei zu seinem Troste sagen, daß die Mehrzahl unserer neuen Mitglieder aus dem Kreise seiner Amtsgenossen ihr sozialdemokratisches Herz nicht erst zu entdecken brauchte, sondern daß sie sich sofort, als der frische Lufthauch und unweibliche, als ganze Seele dahinhalle, wo das Herz sie schon immer hingezogen hatte.

Befragt sich der Herr vorher — übrigens ganz ohne Grund — darüber, daß die sozialdemokratischen Lehrer hinter verschlossenen Türen sagen, so weiß er dennoch recht Interessantes aus ihrer ersten Versammlung zu berichten. Es ist mehr, als die Teilnehmer an dieser Tagung bisher gewußt haben. Dort soll nämlich ganz offen ausgesprochen worden sein, daß nunmehr für die Beförderung der Prüfungen nicht mehr ausfahrgabend wären, sondern besonders die Parteizugehörigkeit.“ Man weiß nicht recht, was man mehr bewundern soll, die bioklettische Stärke des Redaktors, der aus zwei sich widersprechenden Behauptungen die gleichen Forderungen „der Mittelmäßigkeit der sozialdemokratischen Lehrer“ zu ziehen vermag, oder seine an Dummheit grenzende Naivität, die erwartet, daß seine Leser diese Ausführungen gläubig hinnehmen werden.

Die Delegierten der Reiner-Kommission des Reichssozialratens. Die Delegierten der deutschen Armeekorps haben für den Rätekongress eine Soldatenfraktion gebildet. Zum Ersten Vorsitzenden ist Stoll-Berlin, zum Zweiten Vorsitzenden Schulz-Mogau gewählt worden. Witto Dertzenbach, Zimmer 25.

Eine Vereinigung sozialistischer Lehrer ist auch für den Regierungsbezirk Opeeln gegründet worden. Zum ersten Vorsitzenden wurde Genosse Kaulhaber-Sternanowich gewählt.

Auf dem Reichs-Grwerkskongress wurde ein Telegramm verlesen, wonach in Frankfurt a. M. die „weiße Garde“ von Rantheim her eingerückt sein soll. Das Telegramm läßt die erwünschte Wirkung, wahr ist an ihm, wie und aus Frankfurt a. M. mitgeteilt wird, kein Wort.

Berge eingewickelter Bonbons, Gebäud. Schokolade in kleinen Riegeln und großen, etwa 1/2 Pfund schweren Tafeln.

Einer der Verkäufer mit prächtiger, brillantenbesetzter Strawattennadel in der Größe eines Rauchsüdes, mit stoligen goldenen Ringen mit Brillanten und anderen unflätigen Steinen, wählte in den Bonbons herum. Dazwischen das Gefrage: „Was kosten die Bonbons?“ — „1/4 Pfund 3 M.“ — „Geben Sie mir 1/4 Pfund, was kostet das Gebäud?“ — „1/4 Pfund 2,50 M.“ — „Geben Sie mir 1 Pfund, was kostet die Schokolade?“ — „Die große Tafel 25 Mark, die Riegel 3,50 M.“ — „Geben Sie mir eine Tafel zu 25 M., was kostet das Gebäud?“ — „1/4 Pfund 4 M.“ — „Geben Sie mir 1/4 Pfund.“ Zwischen durch raffelt unaufrichtig die Kaffe, und die Gelbkeine fliegen hin und her, als ob sie auf der Straße herumfliegen.

Jetzt komme ich endlich auch heran. „Man“ mag mir wohl ansehen, daß ich keine Einkäufe von 60 M. machen werde. Ich verlange eine Zigarette.

„Koffer 40 Pfennig.“

Ich reide einen Dreimarkstein, und man soll mir garre uneingewickelt entgegen, als wollte man sie gleich wieder zurücklegen. „Holen Sie nicht 40 Pfennig?“

Ich fuche meine paar eisernen Scher zusammen, bezahle und stecke die uneingewickelte Zigarette ein.

Mein Junge springt mir vor Freude entgegen: „Papa, hast du mir auch was Schönes mitgebracht?“ Ich hole ihm die Zigarette aus der Tasche hervor.

Der kleine Aert gibt mir einen Kuß und freut sich über das winzige Ding. Ich gönne ihm die Freude und erzähle meiner Frau:

„Ameingewickelt, aber von gold- und brillantenstrotzender Hand ist mir das Ding gegeben worden.“ In meinen Ohren aber klingen die Worte: Die große Tafel 25 M., die Riegel 3,50 M.“ ha.

## Notizen.

— Rusik, Kommerzienrat Dr. Waldemar Staegemann gibt am 8. April in der Singakademie einen Lieber- und Regitationsabend. — Erna Schöller und Ilse v. Jhering veranlassen am 11. April im Reiterhof einen gemeinsamen Regitations- und Lieberabend. Regitationen u. a. M. Deibel: Drei Menschen, Rufe: Die Blinde. Am Klavier: Conrad v. Vol.

— Der Entdecker der Strahlenden Materie. In London ist der Physiker William Crookes im Alter von 87 Jahren gestorben, der geniale Forscher, der die neue Erkenntnis der Naturkräfte, insbesondere der elektrischen Lichterscheinungen bahnbrechend erweiterte hat. In seinem Schaffen zeigt sich welche Bedeutung die Phantasie für die wissenschaftliche Forschung haben kann. Aber auch die Grenzen ihrer Geltung als wissenschaftliche Hilfskraft werden an Crookes, der ein Anwalt der Spiritisten war, deutlich erkennbar.

— Die tägliche Konjugation: Ich schiebe — Du schickst — Er schilt — Wir schleichen — Ihr kommiert — Sie verdienen.



